



# 1999/40 Inland

<https://jungle.world/artikel/1999/40/modell-junta-im-test>

## Modell Junta im Test

Von **Boris Kanzleiter**

### **Ein Mercedes-Benz-Manager soll während der argentinischen Militärdiktatur bei Verschleppung von Gewerkschaftern geholfen haben.**

Der Vorwurf lautet auf "Mord, Geiselnahme und gefährliche Körperverletzung". Die Anzeige wurde vergangene Woche von Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck im Namen des Republikanischen Anwaltsvereins bei der Berliner Staatsanwaltschaft eingereicht. Im Mittelpunkt der Beschuldigungen steht Juan Tasselkraut, Daimler-Manager und heutiger Chef der Mercedes-Transporter-Produktion in Buenos Aires. Tasselkraut war früher Werksleiter der argentinischen Mercedes-Benz-Niederlassung und ist deutscher Staatsbürger.

Die Anzeige der Berliner Rechtsanwälte nennt noch mehr Beschuldigte: Jorge Rafael Videla, ehemaliger Oberkommandierender des argentinischen Heeres, Emilio Eduardo Massera, früher Chef der Seestreitkräfte, sowie namentlich unbekannte "Verantwortliche bei Mercedes Benz / heute Daimler-Chrysler im Muttersitz des Konzerns in Untertürkheim / Deutschland".

Nach Zeugenaussagen, die auf Recherchen der in Argentinien lebenden Journalistin Gaby Weber beruhen, scheint offensichtlich, dass Juan Tasselkraut und andere leitende Mercedes-Angestellte eng mit den argentinischen Militärs bei der Beseitigung unbequemer Gewerkschafter zusammengearbeitet haben. Die deutsche Justiz ist zuständig, weil neben dem angezeigten Tasselkraut auch einer der Ermordeten, Esteban Reimer, deutscher Staatsbürger war.

Im Januar 1977 zerschlugen Militärs und Polizei die unabhängige Gewerkschaftsorganisation im Mercedes-Benz-Werk von González Catón nahe der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires. Neun der aktivsten und bekanntesten Mitglieder des Betriebs wurden verhaftet, acht von ihnen sind nie wieder aufgetaucht. Sie gehören zu den 30 000 Verschwundenen unter der Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983.

"Es geht uns darum zu zeigen, dass es sich bei den Tätern nicht um durchgeknallte Sadisten handelte, sondern dass sie ein klares politökonomisches Projekt verfolgten", erläutert Rechtsanwalt Kaleck die Anzeige. Im Geheimerlass 504 / 77 formulierte die Junta damals ohne Umschweife: "Das Heer wird in Bestimmung mit den für diesen Bereich zuständigen staatlichen Organen gezielt auf Industrieunternehmen und Staatsbetriebe einwirken, um die aus den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehenden Konfliktsituationen zu neutralisieren, die durch die Subversion provoziert worden sind oder durch sie ausgenutzt werden konnten, um auf diese Weise aufrührerische Agitationen und Aktionen der Massen zu

verhindern und zum effizienten funktionierenden Produktionsapparat des Landes beizutragen."

Wie das aussah, zeigt das Vorgehen von Werksleitung und Militär im Mercedes-Werk González Catán beispielhaft. Dort hatte sich - wie in vielen argentinischen Industriebetrieben - in den Jahren vor dem Putsch 1976 eine aktive und militante unabhängige Gewerkschaftsorganisation gebildet. Die Geschäftsleitung sah sich gezwungen, auf Forderungen der Arbeiter einzugehen. Als wenige Wochen vor dem Militärputsch 118 Gewerkschaftsaktivisten gekündigt wurde, trat die Belegschaft in den Streik. 24 Tage später musste Mercedes die Kündigungen zurücknehmen, nicht zuletzt, weil während des Streiks der aus Deutschland entsandte Manager Heinrich Mentz von der Guerilla-Gruppe Montoneros gekidnappt worden war. Diese verlangten für Mentz' Freilassung die Wiedereinstellung der Entlassenen, ein hohes Lösegeld und eine "Entschuldigung" für die arbeitnehmerfeindliche Politik des Unternehmens. Nach der Machtübernahme durch die Militärs am 24. März 1976 wurden alle Streiks verboten und für "terroristisch" erklärt. Es folgte eine Repressionswelle gegen die Gewerkschaftler - auch die von Mercedes in González Catán.

Mar'a Luján Reimer, die Witwe des damals verschwundenen Esteban Reimer, berichtet, dass ihr Mann mit seinem Kollegen Hugo Ventura in die Zentrale von Mercedes in Buenos Aires zitiert worden war. Dort verhandelten die Gewerkschafter über einen Forderungskatalog. In der darauffolgenden Nacht zum 5. Januar 1977 tauchte dann ein Kommando von neun bewaffneten Männern bei ihnen zu Hause auf, die sich als Angehörige des 1. Heereskommandos ausgaben. Sie verhafteten Reimer und ebenso Hugo Ventura. Ähnlich erging es weiteren Gewerkschaftsaktivisten, die in den folgenden Tagen von zu Hause oder teilweise vor und im Mercedes-Werk abgeholt wurden.

Die von Gaby Weber gesammelten Zeugenberichte belasten Juan Tasselkraut und andere auch konkret. Nach Aussage von Juan Ratto, einem ebenfalls entführten Gewerkschaftler, der als einziger wieder freigelassen wurde, weil man ihn mit seinem Kollegen Héctor Ratto verwechselt hatte, hat Tasselkraut erlaubt, dass sich Polizisten in Zivil auf dem Werksgelände bewegen konnten. Ratto bezeugt außerdem, dass Tasselkraut den Zivilpolizisten die Adresse des Gewerkschafters Diego Nu-éz nannte. Dieser wurde in der folgenden Nacht verhaftet und in das Folterzentrum Campo de Mayo verschleppt, wo er ermordet wurde. Mar'a Ester Ventura, Schwester des verschwundenen Gewerkschafters Hugo Ventura, berichtet, dass Mercedes den Familien der acht entführten Gewerkschafter etwa zehn Jahre lang das Gehalt weiterzahlte, ohne jemals einen Grund dafür zu nennen. Für sie kommt das einem deutlichen Schuldeingeständnis des Unternehmens gleich.

Juan Tasselkraut streitet heute all die Vorwürfe kategorisch ab. Die "Kritischen Aktionäre" von Daimler-Chrysler fordern mittlerweile seine sofortige Beurlaubung. Bei der Stuttgarter Pressestelle von Daimler-Chrysler gibt man sich zugeknöpft: Von den Anschuldigungen habe man noch nichts erfahren und könne sich daher auch nicht dazu äußern. Wenn es zur Klage bzw. zum Prozess kommt, wird man das wohl auch in Stuttgart müssen. Doch ob ein Verfahren überhaupt eröffnet wird, hat die Berliner Staatsanwaltschaft noch nicht entschieden.

Definitiv entschieden scheint allerdings, dass es heute in Argentinien keine Alternative zu neoliberalen Wirtschaftskonzepten mehr geben soll. Bei den Wahlen am 24. Oktober stehen sich mit Fernando de la Rúa und Eduardo Duhalde zwei Kandidaten gegenüber, die sich dadurch auszeichnen, dass sich ihre Wirtschaftsprogramme nicht wesentlich unterscheiden. Eine einflussreiche linke Gewerkschaftsbewegung existiert nicht mehr.

